



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

*Herrn Stv. Wilfried Josef Klein
Vorsitzender des Ausschusses für
Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit*

Gemeinsamer Antrag

Datum 06.12.2006

Drucks. Nr. VO/1222/06
öffentlich

Zur Sitzung am
06.12.2006

Gremium
Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Oberstes Ziel bei der Arbeitsfähigkeit der Feuerwehr bleibt die Sicherheit der Bürger! Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 06.12.2006

Die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit der Stadt Wuppertal verabschiedet folgende Resolution:

Oberstes Ziel bei der Arbeitsfähigkeit der Feuerwehr bleibt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger!

Mit Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen sollte die Möglichkeit der Aufstockung auf 54-Wochenarbeitsstunden für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bezahlung der Mehrarbeit angestrebt werden. Das Land wird daher aufgefordert, die für eine Opt-Out-Vereinbarung notwendige gesetzliche Grundlage im Beamtenrecht zu schaffen. Die größeren Kommunen sind dringend auf eine gesetzliche Regelung angewiesen, um den örtlichen Gegebenheiten angepasste flexible und sachgerechte Lösungen zu erarbeiten, damit auch in Zukunft die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger lückenlos gewährleistet werden kann.

Begründung

Zum 1. Januar 2007 wird in NRW eine neue Arbeitszeitverordnung für die Feuerwehren (AZVO Feu NRW) auf Basis der geltenden EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG in Kraft treten. Diese Umsetzung der EU-Richtlinie ist rechtlich zwingend erforderlich.

Derzeit leisten Feuerwehrleute 54 Stunden Dienst pro Woche, davon 31 Stunden Bereitschaftsdienst. Nach der neuen AZWO Feu ist grundsätzlich eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche zulässig. Unter bestimmten Voraussetzungen wird jedoch eine Aufstockung auf die bisherige Stundenzahl (54 Stunden pro Woche) ermöglicht („Opt-out“). Hierfür muss das Land jedoch die gesetzliche Grundlage im Beamtenrecht schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Spieker
Sprecher der CDU-Fraktion
im Ausschuss für Ordnung,
Sicherheit und Sauberkeit

Karlheinz Emmert
Sprecher der SPD-Fraktion
im Ausschuss für Ordnung,
Sicherheit und Sauberkeit